

Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

Nr. 64 – April 1976

blick punkt



Mörfelder Bürger,
besucht die
DGB-Kundgebung
im Bürgerhaus.

1. MAI 76

Es geht um Arbeitsplätze und Löhne,
um bessere Ausbildungs- und mehr Lehrstellen,
um die Sicherung von sozialen
und demokratischen Rechten!

Deshalb Aktionseinheit!

In der Bundesrepublik Deutschland, wie in der gesamten kapitalistischen Welt, werden die Krisenlasten — verschuldet durch eine rücksichtslose Macht- und Profitpolitik der deutschen und multinationalen Konzerne — auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt. In harten Auseinandersetzungen erzwungene Erfolge sind in Gefahr. Mit ökonomischem Druck, einer bewußten Schürung der Existenzangst und massiven Spaltungsversuchen will das Großkapital die Arbeiterklasse um Jahre zurückwerfen.

Gleichzeitig haben in vielen Aktionen die arbeitenden Menschen unseres Landes wichtige Erfahrungen sammeln können.

Diese Erfahrungen zeigen:

- Großkapital, Bundesregierung und alle im Bundestag vertretenen Parteien haben sich als unfähig erwiesen, die Probleme unserer Zeit im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu lösen.

Diese Erfahrungen zeigen:

- Es ist möglich, auch in der Krise dem Druck der Herrschenden in Betrieb, Wirtschaft und Politik Widerstand zu leisten.

Diese Erfahrungen zeigen:

- Der Schlüssel zu jedem Erfolg ist die Aktionseinheit, ist die Solidarität, ist der gemeinsame Kampf aller Arbeitenden.

Machen wir daher den 1. Mai zu einer machtvollen Demonstration der Einheit und Kampfschlossenheit der gesamten Arbeiterklasse unseres Landes.

Uns alle vereint das Interesse an der Sicherung der Arbeitsplätze

Laßt uns deshalb gemeinsam eintreten für die Hebung der Massenkaufkraft, für die

Verhinderung von Kündigungen, für die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, für längeren Urlaub und eine Herabsetzung des Rentenalters, für den Ausbau des krisenfreien Osthandels und für dringende Investitionen im öffentlichen Bereich. Kämpfen wir für die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und die Schaffung von 250 000 qualifizierten Ausbildungsplätzen. Notwendig ist die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitslosen, insbesondere durch unbefristete Weiterzahlung des Arbeitslosengeldes. Setzen wir uns gegen alle Versuche zur Wehr, den ausländischen Kollegen das Recht auf Arbeit und Aufenthalt in unserem Land streitig zu machen.

Uns alle vereint das Interesse an der Sicherung und dem Ausbau der Reallöhne, an der Beendigung der Preistreiberei

Laßt uns deshalb gemeinsam eintreten für eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik, für die Verteidigung der Tarifau-

Uns alle vereint das Interesse an Entspannung und internationaler Solidarität

Laßt uns deshalb gemeinsam eintreten für konkrete Abrüstungsschritte der Bundesrepublik Deutschland. Festigen wir die antiimperialistische Solidarität, insbesondere mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen in Chile, Portugal und Spanien.

Der Kampf für diese Forde-

tonomie und die Bewahrung aller außertariflichen Leistungen. Setzen wir uns zur Wehr gegen den Preiswucher von Staat und Monopolen. An der Seite der Frauen und Mädchen gilt es, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durchzusetzen.

Uns vereint das Interesse an der Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten

Laßt uns deshalb gemeinsam eintreten für Freiheit im Beruf und Demokratie im Betrieb. Kämpfen wir solidarisch gegen die verfassungsfeindlichen Berufsverbote, gegen die Bespitzelung streikender Arbeiter und den Herrn-im-Hause-Standpunkt in den Betrieben. Treten wir ein für die Einschränkung der Allmacht des Großkapitals in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Notwendig ist die wirksame paritätische Mitbestimmung, die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen.

Laßt uns deshalb gemeinsam eintreten für konkrete Abrüstungsschritte der Bundesrepublik Deutschland. Festigen wir die antiimperialistische Solidarität, insbesondere mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen in Chile, Portugal und Spanien.

Erforderlich ist die Stärkung der DKP. Sie ist die Partei der Arbeiterklasse.

Wir appellieren an die arbeitende Bevölkerung unseres Landes:

* Tragt am 1. Mai Eure berechtigten Forderungen in die Öffentlichkeit!

Beteiligt Euch an den Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen des DGB zum 1. Mai!

Besucht die Maiveranstaltungen der DKP!

Es lebe der 1. Mai — der Kampftag der internationalen Arbeiterklasse für Frieden, Demokratie und Sozialismus, gegen Monopolmacht, nationale Unterdrückung und Reaktion!

SPD lehnt Bürgerbefragung zur Fusion ab

Die letzte Stadtverordnetensitzung in Mörfelden zeigte sehr deutlich, daß die gewählten Vertreter in den Parlamenten die Bürgermeinung nicht einfach ignorieren können, wenn diese massiv und vielstimmig vorgetragen wird. Das wird dadurch bewiesen, daß plötzlich Stadtverordnete sich für eine Bürgerbefragung erwärmen können, ja sie sogar fordern, die noch vor knapp einem Jahr eine solche weit von sich wiesen. Damals, als wir, die DKP, eine Bürgerbefragung zur Namensgebung forderten, fanden sie Worte, die es wert sind, heute nochmals in Erinnerung gerufen zu werden. Herr Brehl, damals noch Fraktionsvorsitzender und im Prinzip gegen Bürgerbefragungen, erklärte: „Unsere demokratischen Spielregeln nach der Verfassung sehen grundsätzlich anders aus!“ Und weiter: „Es könne nicht angehen, wenn einer bestimmten Partei oder Fraktion diese oder jene Entscheidung nicht passe, sofort den Ruf nach einer Bürgerbefragung zu erheben.“

Herr Peetz von der CDU behauptete damals selbstsicher, seine Fraktion kenne die Meinung der Bürger, Bürgerbefragungen brauche man nicht und legte die Platte von der repräsentativen Demokratie auf.

Auch die FDP war damals nicht Feuer und Flamme. Sie zögerte und bremste. Aber die Bürger wissen es, daß Gebietsreform, Umlandverband, Fusion und der Kunstname „Waldfelden“ Kinder aus der gleichen, im Grunde unglücklichen, Ehe von SPD und FDP in Wiesbaden sind.

In der Sitzung am 30.3.76 konnte man jedoch merkliche Veränderungen feststellen. Plötzlich wollte die SPD-Fraktion „baldmöglichst“ die Befragung bezüglich des Namens „Waldfelden“, die bereits am 18.6.75 auf Antrag der DKP-Fraktion beschlossen wurde.

Heinz Hechler erklärte hierzu für die DKP-Fraktion unter anderem: „Wir begrüßen es, daß endlich der DKP-Antrag Wirklichkeit werden soll und daß sich plötzlich die SPD-Fraktion dafür erwärmt. Seit Juni 1975 hat die Mörfelder Bevölkerung gründlicher über die Fusion und den künstlichen Namen nachgedacht. Viele Diskussionen fanden mittlerweile über das Thema Fusion statt. In einer Demokratie sollte jedoch erst die Diskussion – sollte erst die Aufklärung – und dann der Beschluß stattfinden. Hier war es umgekehrt. Wir freuen uns aber, daß auch in diesem

Ergänzungsantrag
Betr. Bürgerbefragung:

Der Antrag gemäß Drucksache VI/306 wird um folgende zwei Absätze erweitert:

1. Bei dieser Gelegenheit sind die Bürger auch über die Fusion, zum jetzigen Zeitpunkt, zu befragen. 1; N
1. Bei dieser Gelegenheit sind die Bürger auch über die Fusion, zum jetzigen Zeitpunkt, zu befragen.
2. Die Befragung erfolgt an einem Sonntag im Wahllokal.

Begründung:

Es ist nicht einzusehen, daß die Bürger über einen Teil eines sie betreffenden Gesetzes (künftiger Name der Stadt) befragt werden sollen und über den anderen Teil (Fusion) nicht. Außerdem entstehen der Stadt dadurch keinerlei Mehrkosten. Die Befragung im Wahllokal kommt billiger als eine mit Brief und Rückantwort vorgenommene Befragung.
DKP-Fraktion
i.A. H. Hechler

Hause, quer durch alle Parteien, ein Umdenkungsprozeß im Gange ist.

Es ist so, daß die von der überparteilichen Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt“ in der Frage der Fusion und der Namensgebung entwickelten Aktivitäten nicht ohne Wirkung geblieben sind.

Schon jetzt haben 3.000 wahlberechtigte Mörfelder mit ihrer Unterschrift bekundet, daß sie gegen die Fusion sind. 90 Prozent aller angesprochenen gaben dies deutlich zum Ausdruck.

Jetzt muß endlich das nachgeholt werden, was wir schon seit Februar 1974 fordern.

Die Bürger müssen befragt werden. Dieser Tage hat sich wieder einmal eine SPD-Delegation in Wiesbaden eine Schlappe geholt, als sie wegen des Namens vorstellig wurde. Es muß in diesem Hause endlich klar erkannt werden, die in Wiesbaden verstehen diese Sprache, die seither gesprochen wurde, nicht. Man befürchtet eine lawinenähnliche Entwicklung, wenn man einmal nachgeben würde, schreibt die Presse.

Aber zeigt das denn nicht deutlich, daß hier an den Köpfen der Bürger vorbei regiert wird?

In Erkenntnis dieser Ereignisse spüren immer mehr Einwohner unserer Stadt, daß der Fusionsbeschluß verkehrt war. So eingehend hat die Bevölkerung bisher diese Frage noch nicht sehen können. Ohne Fusionsbeschluß wäre uns vieles erspart geblieben – mit dem nötigen Druck aus der Bevölkerung auch der Umlandverband.

Beschlüsse sind revidierbar – in Mörfelden und in Wiesbaden.

Wir baantragen, daß die Bürgerbefragung erweitert wird um die Frage: „Wie stehen Sie zur Fusion?“. Diese Ausweitung erfordert keine Mehrkosten.

Wer für die Befragung zur Namensgebung ist, kann zur Befragung über die Fusion nicht sagen, wir haben eine repräsentative Demokratie. Wer bezüglich des Namens für eine Gesetzesänderung ist, kann das Gesetz über die Fusion nicht als unüberwindliches Hindernis ausgeben.“

In Anbetracht des Druckes aus der Bevölkerung, aber auch der bald anstehenden Kommunalwahlen schlossen sich CDU und FDP den Forderungen der DKP-Fraktion an. Beide Parteien wollten plötzlich auch die Befragung der Bürger zur Fusion und brachten ebenso Anträge hierzu ein.

Die SPD-Fraktion stimmte jedoch geschlossen (19:14 Stimmen) gegen einen gemeinsamen Antrag der drei Oppositionsparteien. Somit wird verhindert, daß die Bürgerschaft zu einer so wichtigen Frage, wie dem Zusammenschluß zweier Städte, ihre Meinung bekunden kann. Die Veränderung der Meinung bei CDU und FDP, aus welchen Motiven auch immer, ist jedoch ohne Zweifel als ein Erfolg der Mörfelder Fusionsgegner zu werten. Denn in Walldorf ist von diesen Erkenntnissen noch nichts zu spüren. Nicht nur der Walldorfer SPD-Bürgermeister Jourdan meinte dieser Tage, nachdem der hessische Landtag erneut auf dem Kunstnamen bestand:

„Das soll nun der Auftakt für alle demokratischen Kräfte sein, offen den neuen Namen Waldfelden zu vertreten.“

Sondern auch die Walldorfer CDU und FDP sind klar und deutlich für die Fusion und denken auch nicht daran, zwecks stärkerem Druck in Richtung Wiesbaden einer Bürgerbefragung zur Namensgebung das Wort zu reden.

Bürgerinitiative lädt Bielefeld ein

An das
INNENMINISTERIUM
DES LANDES HESSEN
z. Hd. Herrn
Minister Bielefeld
Friedrich-Ebert-Allee 12
6200 Wiesbaden

Mörfelden den 8. April 1976

Sehr geehrter Herr Minister,

auf Beschluß der hessischen Landesregierung sollen die Städte Mörfelden und Walldorf am 1. Januar 1977 unter dem Namen Walldorf fusioniert werden. Dieser Beschluß ist in Mörfelden auf Ablehnung gestoßen. Die Bürger sind mehrheitlich gegen eine Fusion mit Walldorf, weil sie der Meinung sind, daß diese nur Verschlechterungen bringt. Bisläng könnte auch noch kein einziges unserer Bedenken ausgeräumt werden. Die Bürgerinitiative "Mörfelden bleibt", die in diesen Fragen die Meinung der Mehrheit der Mörfelder Bevölkerung vertritt, hat unter folgenden Argumenten Unterschriften gesammelt.

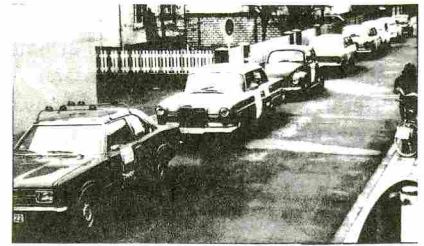
Es ist unbestritten, daß die Fusion uns nur Nachteile bringen wird. Unter anderem:

- geringere Überschaubarkeit der Verwaltung;
- längere Wege zur Verwaltung;
- größere und teure Verwaltungsapparate;
- Gebührenangleichungen nach oben;
- große Probleme und Kosten wird eine Namensänderung mit sich bringen.

Über 3000 haben bereits ihre Unterschrift abgegeben. Über 90% der angesprochenen Bürger haben unterschrieben. Wir bitten Sie deshalb, zu einer Bürgerversammlung in Mörfelden am Dienstag den 1. Juni 1976 zu erscheinen und Ihre Meinung zu unseren Forderungen sowie nach Rücknahme des Fusionsbeschlusses und einer Bürgerbefragung zur Fusion zu sagen. Drei der im Mörfelder Stadtparlament vertretenen Parteien (CDU, FDP und DKP) haben sich für eine Bürgerbefragung zur Fusion ausgesprochen.

Wir sind der Meinung, daß dies die demokratischste Methode ist eine solche Entscheidung zu fällen. In Erwartung einer Zusage Ihrerseits begrüßen wir im voraus Ihre Teilnahme an der Versammlung.

Hochachtungsvoll
Bürgerinitiative
"Mörfelden bleibt"
Ilona Feutner
i.A. Ilona Feutner



Mit einem Autokorso durch die Straßen der Stadt protestierten Mitglieder der Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt!“ gegen die geplante Zwangsfusion und die Namensänderung. Diese Protestfahrt wurde offenbar von den Behörden als „gefährliche Aktion“ eingestuft und zwei bewaffnete Kriminalbeamte (siehe Bild unten) verfolgten den Autokorso aus diskreter Entfernung.



Damals, als wir, die DKP, eine Bürgerbefragung zur Namensgebung forderten, fanden sie Worte, die es wert sind, heute nochmals in Erinnerung gerufen zu werden. Herr Brehl, damals noch Fraktionsvorsitzender und im Prinzip gegen Bürgerbefragungen, erklärte: „Unsere demokratischen Spielregeln nach der Verfassung sehen grundsätzlich anders aus!“ Und weiter: „Es könne nicht angehen, wenn einer bestimmten Partei oder Fraktion diese oder jene Entscheidung nicht passe, sofort den Ruf nach einer Bürgerbefragung zu erheben.“



Der Gesellschaftssaal im Bürgerhaus war bis auf den letzten Platz gefüllt und einige Zuhörer mußten sogar noch stehen. Dies war der äußere Rahmen unter dem im März eine Podiumsdiskussion der Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt!“ zum Thema: „Kann man die Fusion über die Köpfe der Bürger hinweg durchführen?“ stattfand.

Einmal mehr zeigte es sich, daß die Fusionsbefürworter von SPD und FDP alleine stehen. Die Mörfelder Bevölkerung will keine Fusion und will, daß der Namen Mörfelden auch weiterhin erhalten bleibt.

Wer daran zweifelt, der sollte sich nicht scheuen und den Mut aufbringen, den Bürger nach seiner Meinung zu fragen. Wer von Demokratie spricht, sollte sie auch praktizieren!

Wohin gehst Du Mörfelder SPD ?

Von Berichten aus der CDU-nahen Presse bzw. ihrer eigenen Gazetten ist man gewöhnt, strengsten Antikommunismus zu hören. Seit langem findet man dort das Argument: Was von der DKP kommt ist von vornherein falsch, weil das Kommunisten sagen. Seit den jüngsten Presseerklärungen aber spätestens seit der Versammlung der Bürgerinitiative vom 18.3.76 im Bürgerhaus (zirka 150 Anwesende) muß sich auch die Mörfelder SPD-Spitze den Vorwurf gefallen lassen, daß sie die Richtigkeit einer Forderung daran mißt, wer sie aufstellt. Denn Vertreter der SPD betonten mehrmals, die Bürgerinitiative sei von den Kommunisten ~~g~~eteuert und stellten in diesem Zusammenhang den Wert der Unterschriften in Frage und auch die Argumente gegen eine Fusion. Seit neuestem macht jetzt sogar die SPD der CDU Vorschriften, wie sie ihren Antikommunismus steigern solle. Aus einem Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 8.4.76 geht hervor, daß man bei der SPD enttäuscht ist über das gemeinsame Handeln von SPD und CDU zwecks ausschalten des kommunistischen Einflusses im Rathaus. Während man bei der SPD weiter diesen Weg stramm beschreitet und dabei vor lauter blindem Antikommunismus das Ausbreiten der Rechten gar nicht bemerkt, ja es sogar begünstigt, betont man außerordentlich, daß man zumindest momentan in Mörfelden viel besseren Antikommunismus betreibt wie die CDU und dabei viel besser gegen die Interessen der Bevölkerung handelt.

Stadtverordnetenvorsteher Oeser sagte am 18.3.76 im Bürgerhaus sogar, daß nachdem die Bürger ihr Parlament gewählt hätten, dies die Entscheidungen fälle. Von Einflußnahmen darauf wollte er nichts wissen. Es genügt also, alle vier Jahre ein Kreuz zu malen, mehr Mitspracherecht will man dem Bürger nicht einräumen. Von einer Bürgerbefragung unserer Meinung nach die demokratische Sache der Welt, hält Oeser nichts. Man verspricht vor den Wahlen das Blaue vom Himmel, stellt ein tolles Reformwahlprogramm auf, läßt sich wählen und tut dann alles, um gegen die Mehrheit der Bürger Politik zu machen. Wen wundert's, wenn man jetzt Angst hat, die nächste Wahl könne andere Wahrheiten bringen? Wohin solches Handeln führen kann, ist bekannt. Die SPD scheint das vergessen zu haben. Deshalb sei zum Schluß ein Ausspruch Martin Niemöllers zitiert, um das Gedächtnis eines manchen Sozialdemokraten aufzurütteln:

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Katholik.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.
Martin Niemöller

Ernst Knöß

zu schreibt die Mörfelder CDU nichts; vielleicht weiß sie sich mit den Henkern und Folterern solidarisch; die Allende und Martin Luther King auf dem Gewissen haben. Der Kampf der unterdrückten Menschen wird angeprangert und kein Wort von den Leiden der Unterdrückten gesagt. Sie sprechen von Freiheit und meinen die Freiheit der Besitzenden, sie sprechen von Ordnung und meinen die Ausbeuterordnung, sie sprechen von Demokratie und meinen die Unterordnung der Menschen unter die Produktionsmittelbesitzer.

Rudolf Dötsch

Argumente gegen die Fusion

Krampfhaft bemühen sich die Befürworter der Fusion, Argumente zu finden, die für einen Zusammenschluß der beiden Städte Mörfelden und Walldorf sprechen.

Bis jetzt konnten sie weder einen triftigen Grund, noch einen wirklichen Vorteil für die Bevölkerung finden, der für eine solche Maßnahme sprechen würde. Dagegen sind viele Nachteile erkannt worden und immer mehr Mörfelder Bürger sehen diese 1977 auf sich zukommen. Weitere Wege zur Verwaltung;

weniger Bürgernähe durch weniger Stadtverordnete;
geringere Überschaubarkeit sowie höhere Gebühren sind einige Nachteile die bisher genannt wurden und auch von Vertretern der SPD/FDP nicht vom Tisch gefegt werden konnten. Ein für alle Mörfelder sehr gravierender Punkt wurde bisher noch nicht oder nur am Rande mit der Fusion in Zusammenhang gebracht. Es handelt sich um die geringe Ärztezahlin Mörfelden, die in Gefahr gerät, durch die Fusion zementiert zu werden. Wie bekannt, hat Mörfelden schon seit Jahren nur fünf Ärzte für Allgemeinmedizin und keinen Facharzt.

In Walldorf haben sich inzwischen sieben praktische und drei Fachärzte niedergelassen.

Nach der geplanten Fusion wird es heißen, die Stadt „Walldorf“ hat insgesamt 15 Ärzte und übergeordnete Stellen werden keinen weiteren Bedarf sehen. Auch interessierte Ärzte werden diese Gesamtzahl zu hören bekommen und sich nicht für Mörfelden entscheiden.

Zu der größeren Wegstrecke zu dem einen oder anderen Amt in Walldorfer Rathaus wird dann die größere Entfernung zum Hausarzt nach Walldorf hinzukommen. Nur wird, wie bereits angekündigt, dieser dann in Mörfelden keine Hausbesuche durchführen. Ein weiterer Grund, die irrsinnige Fusion abzulehnen.

HH

Echo auf „Stadtecho“

„Uns trennen Welten“, sagte einmal der Fraktionsvorsitzende der Mörfelder CDU, als er in einem Interview nach seinem Verhältnis zu den Mörfelder Kommunisten angesprochen wurde. In der Tat. Immer deutlicher ist in der jüngsten Vergangenheit zu bemerken, daß sich die Mörfelder „christlichen Demokraten“ in nichts von den Scharfmachern ihrer Parteispitze unterscheiden, obwohl doch die hiesigen CDU-Mitglieder durchweg kleine Angestellte, Beamte und gar Arbeiter sind. Im jüngsten „Stadtecho“ hatten sie wieder Breitsen auf die „böse“ Sowjetunion abgefeuert und behauptet, russische Raketen und Bomben hätten Vietnam, Korea

und Kombodscha zerstört. Haben uns doch die Medien jahrelang belogen, als sie von Flächenbombardements der B-52-Bomber, von Entlaubungsaktionen, von der verbrannten Erde berichteten, die doch von US-Amerikanern verübt wurden. In der FAZ (die nicht im Verdacht steht, kommunistisch zu sein) vom 12. April stand zu lesen, daß die USA der größte Waffenexporteur der Welt sei. Amerikanische Waffen stehen in Spanien und Chile, in Mittelamerika und im Nahen Osten. Sie sind dazu bestimmt, Regimes an der Macht zu halten, die faschistisch und korrupt sind, die die Menschenrechte mißachten und ganze Völker skrupellos ausbeuten. Aber da-

Groß im Reden klein im Handeln

Die CDU-Mörfelden stimmte am Anfang gegen die Fusion, mit der Begründung, man halte den Zeitpunkt nicht für geeignet, prinzipiell sei man dafür. Solche Argumente wie die DKP, die bereits in ihrem Wahlprogramm bei der letzten Kommunalwahl darauf hinwies, daß solche wichtigen Entscheidungen, die tief in die gewachsenen Strukturen der örtlichen Gegebenheiten und der Bevölkerung eingreifen, könnten nur nach eingehender Diskussion mittels einer Bürgerbefragung gefällt werden, hatte man nicht. Später zeigten die Kommunisten auf, welche Nachteile die Fusion bringt, wie zum Beispiel: Demokratieabbau, was die Mitbestimmung der Bevölkerung, bei die Kommune angehenden Entscheidungen, betrifft. Geringere Überschaubarkeit der Verwaltungen und längere Wege dahin. Größere und teurere Verwaltungsapparate. Gebührenangleichungen nach oben. Vernichtung demokratischer Traditionen und fortschrittlicher Kultur. Es entwickelte sich eine Bewegung, die diese Argumente anerkannte und sie gewann großen Einfluß bei der Bevölkerung. Dies bemerkte auch die CDU und griff verbal diese Dinge auf. Man produzierte sich im Parlament und ließ seinen Einfluß auf die Presseberichterstattung spielen. Dort, wo es aber um Arbeit ging, wirklich etwas zu tun in der Sache, so zum Beispiel beim Unterschriftensammeln, da lehnte man ab. Nur dort, wo Schau zu ernten ist, macht man mit. Auf Versammlungen der Bürgerinitiative hatte man es sehr eilig, bei jeder Rede zu betonen, man sei Stadtverordneter der CDU. Nach Anfrage von Mitgliedern der Bürgerinitiative, was die CDU für einen konkreten Beitrag für die Initiative „Mörfelden bleibt“ beisteuern wolle, lehnte man jede Aktivität ab und erschieß seitdem nicht mehr auf Versammlungen (wahrscheinlich hat man Angst vor weiteren Fragen, denn arbeiten will man offensichtlich nichts, nur ernten). Auch lehnte es CDU-Peez ab, die Unterschriftenlisten der Bürgerinitiative zu unterschreiben.

Die CDU hat es gut verstanden, ihr Fähnchen in den Wind zu hängen, um bei der nächsten Wahl die Stimmung der Bevölkerung auszunutzen. Tun, in deren Interesse, wie die DKP, will man nichts. Ja, man forderte die Bürgerinitiative

„Mörfelden bleibt“ mehrmals auf, sich von der DKP zu distanzieren. Dies hatte nicht nur den Zweck, die Kommunisten zu entfernen, die man nicht als Demokraten anerkennt, sondern die Bürgerinitiative zu Fall zu bringen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß ohne die Kommunisten die Interessen der Bevölkerung nicht so gut hätten vertreten werden können und dagegen hilft auch nicht aus den Fingern gesaugter Antikommunismus. Die Mitglieder der Bürgerinitiative

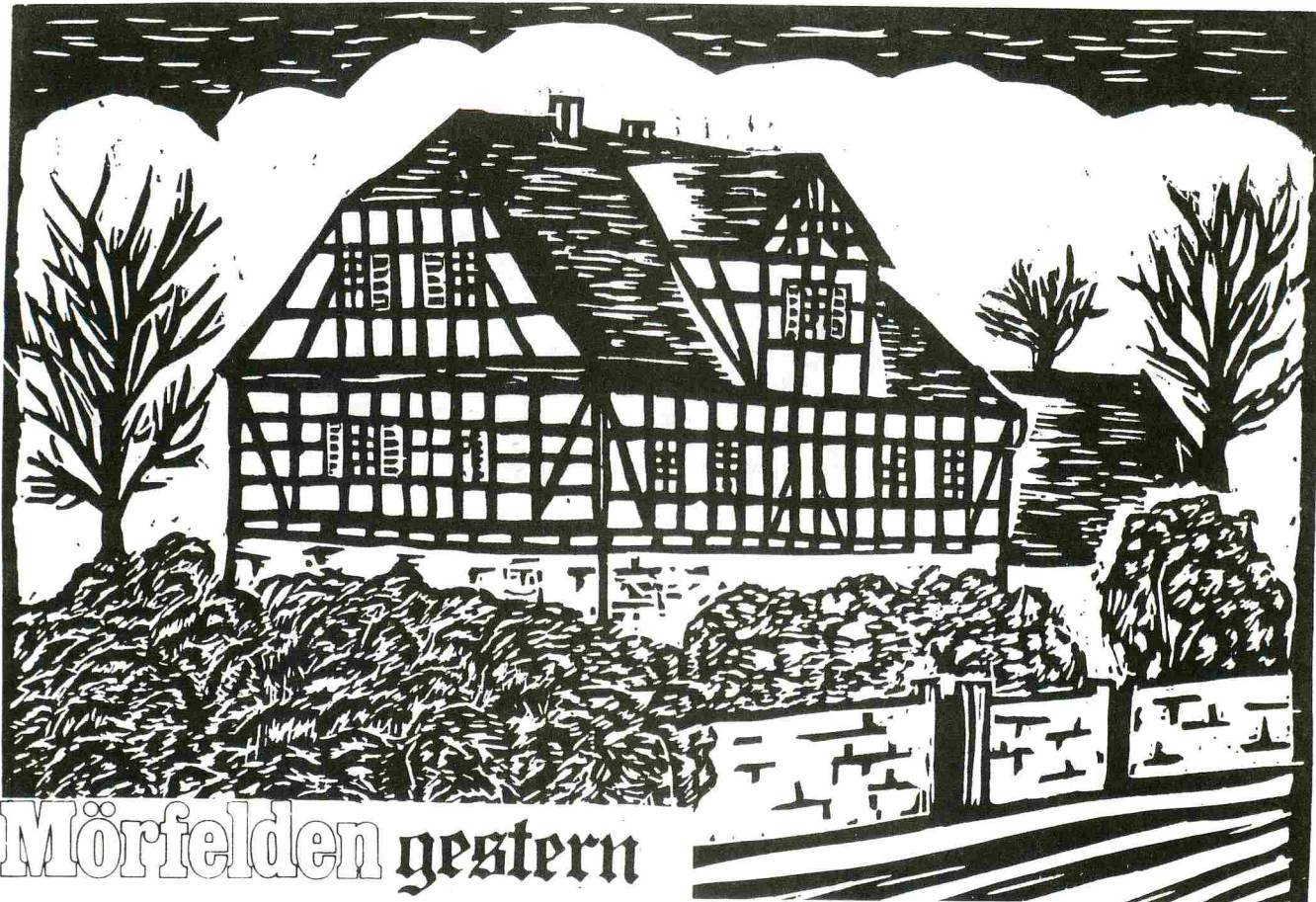
sind darauf jedoch nicht hereingefallen, sondern haben mehrmals betont, daß es ihnen um die Sache geht und jeder mitarbeiten könne, für sie kommt es auf die Argumente an, nicht, von wem sie kommen, deswegen ist man für jede wirkliche Hilfe dankbar und froh für jeden Aktivist und mit Recht heißt man jeden willkommen, der mithelfen will, daß Mörfelden bleibt.

Ernst Knöb
Vorsitzender der DKP-Mörfelden



Im März veranstaltete der Frauenarbeitskreis der DKP-Mörfelden im evangelischen Gemeindezentrum eine Diskussion. Zuerst wurde ein Film gezeigt, danach diskutierte man bei Kaffee und Kuchen über Probleme wie die zu niedrigen Frauenlöhne, die Preistreiberie der Konzerne, die ärztliche Versorgung und vieles mehr.





Mörfelden gestern

An der Groß-Gerauer-Straße, unweit von Mörfelden, liegt das ehemalige Forsthaus Nikolauspforte. Früher war es der Sitz der Oberförsterei Woogsdamm. Dabei war es ehemals eine Pforte und eine Paßstelle mit einem Falltor. Davor befand sich ein Wachtor mit einem Kommando hessischer Musketiere. Zur Zeit der Frankfurter Messe lagen sie hier, um den Warenzügen das Geleit zu geben. Ganz in der Nähe stand die St. Nikolaus-Kapelle, die aber schon im Jahre 1557 abgerissen wurde. Die Materialien wurden zur Wiederherstellung des Schlosses zu Rüsselsheim verwendet. Der schöne Linochnitt stammt von Otto Martin.

Erfolgreicher Parteitag der DKP

Die DKP führte vom 19. bis 21. März 1976 in Bonn ihren Parteitag durch.

Dieser Parteitag zeigte, daß unsere Partei vorangekommen ist bei ihrem Bemühen um eine wirksame Interessenvertretung der werktätigen Menschen, der arbeitenden und studierenden Jugend. Er zeigte sowohl die organisatorische Stärkung als auch die Einheit und Geschlossenheit der DKP. Er zeigte unsere Partei als eine kämpferische, optimistische Partei, die zugleich realistisch und nüchtern an die großen vor uns stehenden Aufgaben herangeht.

Noch nie hat ein Ereignis im Leben unserer Partei eine so große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit unsers Landes und der Welt gefunden wie der Bonner Parteitag. Mehr als 200 in- und ausländische Journalisten haben unseren Parteitag verfolgt. In Presse, Rundfunk und Fernsehen wurde darüber berichtet. Es

ist nicht mehr so einfach, die DKP totzuschweigen.

Es wundert uns nicht, wenn die bürgerliche Berichterstattung uns schon nicht totschweigen konnte, doch die Tendenz ihrer Berichte die DKP als erfolg- und bedeutungslose Kraft darstellen will.

Warum dann aber der große Aufwand um die DKP?

Wir wissen, unsere Partei ist für die großen noch vor uns stehenden Aufgaben eine zwar noch viel zu kleine, aber deshalb keineswegs unbedeutende Partei. Wir sind für die internationale Entspannung eingetreten, als wir noch ziemlich allein mit dieser Meinung standen. Der Verlauf der Ereignisse hat uns und nicht den anderen recht gegeben. Wir sind im Gegensatz zu vielen anderen auch in der Zeit der Wirtschaftsblüte nicht von einer krisenfreien kapitalistischen Wirtschaft ausgegangen. Auch hierin hat uns die



Josef Knecht, Bundestagskandidat der DKP im Wahlkreis 143

Entwicklung bestätigt. In diesen und vielen anderen Fragen wurden wir bestätigt, weil die Politik der DKP auf dem festen Grund der Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung beruht. Die DKP ist eine Partei, die fest mit der stärksten politischen Kraft der Gegenwart, der internationalen kommunistischen Bewegung verbunden ist. Zugleich aber eine nationale Kraft, die sich nicht aus der Bundesrepublik herausdrängen läßt. Wir vertreten entschieden die Interessen der arbeitenden Bevölkerung hier in unserem Lande und werden das auch in Zukunft tun.

**Das sind die Stadtverordneten
der DKP in Mörfelden:**

Michael Denk
Mörfelden, Gartenstraße 15
Telefon: 14 55

Heinz Hechler
Mörfelden, Ellenbogenstraße 8
Telefon: 33 35

Erich Schaffner
Mörfelden, Hochstraße 6
Telefon: 2 31 55

Artur Siegel
Mörfelden, Kalbgsasse 9
Telefon 14 47



Hinter dem Deutschen Meister VfB Altena, dem Vizemeister Bor. Düsseldorf und dem Reutlinger SSV belegte der TTC Mörfelden den vierten Platz in der Tischtennis-Bundesliga und placierte sich somit wiederum als beste hessische Mannschaft in diesem Feld.

Unser Foto zeigt die Mörfelder Mannschaft, von links: Erich Arndt, Heiner Lammes, Jürgen Heckwolf, Joachim Geis, Ernst Schädler und Jürgen Schindler.

**4- bis 5-Zimmer-Wohnung
in Mörfelden od. Walldorf
gesucht.**

Tel. 0 61 05 / 35 74

BITTE VORMERKEN!

DKP

FRAKTIONSSPRECHSTUNDE
Montag, 3. Mai 1976
20.00 Uhr
Ludwigshalle (Sattler)

Täglich lesen -



darum abonnieren!

ZEMENT

**Filmveranstaltung der
DKP-Ortsgruppe Mörfelden
Am 12. und 19. Mai, UT-
Lichtspiele, Langenerstraße
(Sattler), jeweils 20.00 Uhr.
Eintrittskarten für beide
Filme` 2,- DM bei den Mit-
gliedern und an der Abend-
kasse.**

Der Roman „Zement“ von Fjodor Gladkow ist in allen Kollektiv-Buchhandlungen erhältlich. Nächste Buchhandlung: Wissen und Fortschritt, Darmstadt, Lauteschlägerstraße. Bestellungen auch bei Waltraud Träger, Hochstraße 6. Telefon: 2 32 55 oder an der Abendkasse im Kino.

Nach dem gleichnamigen Theaterstück, dessen Aufführung im Schauspiel Frankfurt großes Aufsehen erregte, jetzt erstmals in Hessen der zweiteilige Fernsehfilm, DDR 1972, schwarzweiß - Lichtton - 100 Minuten P.: Fernsehen der DDR; R.: Manfred Wekwerth; K.: Roland Dresses; Da.: Hilmar Thate, Renate Richter, Ursula Werner, Fred Delmare u.a.

Ein Film in zwei Teilen nach dem gleichnamigen Roman von Fjodor Gladkow, in dem das Heldentum, der Mut und die Opferbereitschaft des Arbeiters Tschumalow und seiner Genossen beim Aufbau des jungen Sowjetstaates im Jahr 1921 dargestellt sind. Die Revolution in die Köpfe zu tragen, das Bewußt-

sein der Menschen zu verändern, ist eine schwierige, unerhöht komplizierte Sache. Neue historische und ökonomische Grundlagen waren gegeben, aber nicht schon ein neues gesellschaftliches Bewußtsein. Gleb Tschumalow erlebt es auf drastische Weise in seinem Wer - es liegt tot, verfallen, ausgeplündert, von den Arbeitern verlassen. Allen Schwierigkeiten und widrigen Umständen zum Trotz versucht er, die Zementproduktion in Gang zu setzen. Er sucht Freunde und Genossen früherer Jahre, ruft sie zum Mittun auf. Es wird ihnen bewußt, daß sich der Kampfplatz der Revolution verlagert hat. Das friedliche Aufbauwerk wird zu revolutionären Arena. In unendlich schweren Mühen um die Wiederbelebung des Werkes reift die Erkenntnis, daß die Abenteuer der Revolution im Alltag entdeckt und bestanden werden müssen.